

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 43 | 23.10.2020

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

Neue Auflage

Franz Leidenmühler

Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union

Das Lehrbuch „Europarecht. Die Rechtsordnung der Europäischen Union“ wurde speziell für die Bedürfnisse des universitären Europarechtsunterrichts entwickelt, wird aber zugleich auch den Anforderungen eines Grundrisses für die Praxis gerecht. Es vermittelt in einer strukturierten und auf das Wesentliche konzentrierten Form ein grundlegendes Verständnis von Aufbau und Funktionsweise der Rechtsordnung der Europäischen Union. Einblicke in die aktuelle Judikatur des EuGH und Testsequenzen zur Überprüfung des Erlernten runden das Lehrmaterial ab. Bei der vorliegenden vierten Auflage handelt es sich um die – bereits um die BREXIT-Änderungen aktualisierte –erweiterte Fassung des Studienbuchs.

ISBN 978-3-902883-44-5, 4. Auflage, XX und 301 Seiten, Harteinband, 45 EUR // Nähere Infos finden Sie [hier](#).

I. BUNDESGESETZBLATT

[BGBl II 445/2020 \(Anlage 1; Anlage 2; Anlage 3; Anlage 4; Anlage 5; Anlage 6\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über die Einreise nach Österreich im Zusammenhang mit COVID-19 (**COVID-19-Einreiseverordnung – COVID-19-EinreiseV**)

[BGBl II 446/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (**2. COVID-19-MV-Novelle**)

[BGBl II 449/2020 \(Anlage\)](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der nähere Regelungen zur eHealth-Anwendung Elektronischer Impfpass getroffen werden (**eHealth Verordnung – eHealthV**)

[BGBl II 450/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung, mit der die **7. C-SchulampelphasenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten erlassen sowie die **6. C- SchulampelphasenVO** für Zentrallehranstalten und höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten geändert wird

[BGBl II 452/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die **Verordnung über empfohlene Impfungen 2006** geändert wird

[BGBl II 453/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz betreffend nähere **Bestimmungen über die Durchführung von COVID-19-Tests** im niedergelassenen Bereich

[BGBl II 455/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (**3. COVID-19-MV-Novelle**)

[BGBl II 456/2020](#)

Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die COVID-19-Maßnahmenverordnung geändert wird (**4. COVID-19-MV-Novelle**)

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 342 v 16.10.2020, 25](#)

Beschluss (EU) 2020/1502 der Kommission vom 15. Oktober 2020 zur **Festlegung interner Vorschriften** über die **Unterrichtung** betroffener Personen und die **Beschränkungen bestimmter Rechte** der betroffenen Personen bei der **Verarbeitung personenbezogener Daten** durch die Europäische Kommission im mit der Verordnung (EU) 2019/452 des Europäischen Parlaments und des Rates geschaffenen Kooperationsmechanismus

[ABI L 347 v 20.10.2020, 1](#)

Verordnung (EU) 2020/1503 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Oktober 2020 **über Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen** und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1129 und der Richtlinie (EU) 2019/1937

[ABI L 347 v 20.10.2020, 50](#)

Richtlinie (EU) 2020/1504 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. Oktober 2020 zur Änderung der Richtlinie 2014/65/EU über **Märkte für Finanzinstrumente**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

21.09.2020, [V 77/2019](#)

AsylIG; Gesetzwidrigkeit der VO eines Vbg Bürgermeisters betreffend ein **Fahrverbot** auf der „Alten Landstraße“ mangels Durchführung eines Ermittlungsverfahrens vor Verordnungserlassung

21.09.2020, [E 4111/2019](#)

KraftfahrG; Verletzung im **Gleichheitsrecht** durch die Entscheidung eines LVwG betreffend eine Geldstrafe nach dem KraftfahrG wegen **Nichtbeantwortung einer Lenkeranfrage**; keine „ordnungsgemäße Ladung“ bei Versäumung der mündlichen Beschwerdeverhandlung aus gesundheitlichen Gründen

21.09.2020, [E 4288/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung eines **Antrags auf internationalen Schutz** betreffend einen Staatsangehörigen von Afghanistan; mangelhafte Auseinandersetzung mit der Konversion zum evangelischen Glauben hinsichtlich der inneren Überzeugung

21.09.2020, [E 4673/2019](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Aberkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen afghanischen Staatsangehörigen; keine Auseinandersetzung mit aktuellen Länderberichten des EASO zu Personen, die lange Zeit außerhalb Afghanistans gelebt haben

21.09.2020, [E 86/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status eines subsidiär Schutzberechtigten** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; keine hinreichend aktuellen Länderberichte zur Sicherheitslage in der Provinz Diyala

21.09.2020, [E 930/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** betreffend die **Außerlandesbringung** nach Griechenland von syrischen Staatsangehörigen denen dort **internationaler Schutz** zuerkannt wurde; keine ausreichende Auseinandersetzung mit der Existenzsicherung der Familie

22.09.2020, [W IV 89/2020](#)

Wr GemeindewahlO; Zurückweisung einer **Wahlanfechtung** der **Wr Gemeinderats- und Bezirksvertretungswahlen 2020**; Wahlanfechtung vor Beendigung des Wahlverfahrens unzulässig; keine direkte Anfechtung der Nichteintragung in das Wählerverzeichnis vor dem VfGH wegen Vorhandenseins eines Rechtszugs an das VwG

22.09.2020, [E 423/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Abweisung des **Antrags auf internationalen Schutz** eines Staatsangehörigen von Bangladesch nach Stattgabe der außerordentlichen Revision durch den VwGH; erneut kein Ermittlungsverfahren betreffend die Homosexualität des Bf

22.09.2020, [E 670/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Zurückweisung von **Anträgen auf internationalen Schutz** und Anordnung der **Außerlandesbringung** einer Mutter und ihrer zwei minderjährigen Kinder nach Griechenland mangels ausreichender Auseinandersetzung mit der dortigen Versorgungssituation

22.09.2020, [E 727/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Bestätigung der **Rückkehrentscheidung** betreffend einen irakischen Staatsangehörigen; keine Abwägung zwischen dem Interesse des Bf an der Aufrechterhaltung des Familienlebens mit seiner österreichischen, selbsterhaltungsfähigen Ehegattin und dem öffentlichen Interesse

22.09.2020, [E 763/2020 ua](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch Nichtzuerkennung des **Status von subsidiär Schutzberechtigten** betreffend eine Familie aus dem Irak; mangelnde Auseinandersetzung mit der Minderjährigkeit der Kinder und der innerstaatlichen Fluchtalternative der Familie

22.09.2020, [E 1868/2020](#)

AsylG; Verletzung im Recht auf **Gleichbehandlung von Fremden untereinander** durch eine Ersatzentscheidung des BVwG; Verkennung der Rechtsanschauung des VfGH durch Bezugnahme auf die Beweiswürdigung in der – bereits vom VfGH aufgehobenen – vorangegangenen Entscheidung und Zitierung untauglicher Gutachten

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

20.07.2020, [Ra 2020/04/0039](#)

AVG; **GewO**; ein Unternehmensberater ist hinsichtlich eines **im Rahmen seiner Gewerbeberechtigung** erteilten Auftrags, der ua auch die Beratung bei der Errichtung bzw dem Betrieb einer gewerblichen Betriebsanlage des Auftraggebers betrifft, zu dessen berufsmäßigen Vertretung in einem mit der Betriebsanlage zusammenhängenden Verwaltungsstrafverfahren gem § 136 Abs 3 Z 3 GewO berechtigt

05.08.2020, [Ra 2020/20/0192](#)

AVG; „**Sache**“ des **Beschwerdeverfahrens** vor dem VwG ist nur jene Angelegenheit, die den Inhalt des (bescheidmäßigen) Spruchs der vor dem VwG belangten Verwaltungsbehörde gebildet hat; der äußerste Rahmen für die Prüfbefugnis des VwG ist die „Sache“ des bekämpften Bescheids; entscheidet das VwG in einer Angelegenheit, die überhaupt noch nicht oder in der von der Rechtsmittelentscheidung in Aussicht genommenen rechtlichen Art nicht Gegenstand des erstinstanzlichen Verfahrens gewesen ist, im Ergebnis erstmals in Form eines Erkenntnisses, so fällt eine solche Entscheidung nicht in die funktionelle Zuständigkeit des VwG und die Entscheidung ist im diesbezüglichen Umfang mit Rechtswidrigkeit infolge Unzuständigkeit belastet; hat die Behörde einen Antrag zurückgewiesen, dann ist „Sache“ eines Beschwerdeverfahrens vor dem VwG ausschließlich die Rechtmäßigkeit der Zurückweisung

03.09.2020, [Ra 2020/22/0123](#)

Niederlassungs- und Aufenthaltsg; **FremdenpolizeiG**; während der Straftatbestand des § 117 Abs 1 FremdenpolizeiG darauf abstellt, dass der österreichische Ehepartner „weiß oder wissen musste“, dass sich der Fremde etwa für die Erteilung eines Aufenthaltstitels auf die Ehe berufen will, kommt es für das Vorliegen einer **Aufenthaltsehe** gem § 30 Niederlassungs- und Aufenthaltsg auf dieses Wissen oder Wissenmüssen und somit auf die Beweggründe des österreichischen Ehepartners nicht an, sondern ausschließlich auf die Absichten des Fremden; die zu beurteilenden Sachverhaltselemente unterscheiden sich somit erheblich

16.09.2020, [Ra 2019/11/0142](#)

FührerscheinG-GesundheitsVO; auch bei **Verweigerung eines Bluttests** kann die Beeinträchtigung durch Suchtmittel klinisch festgestellt werden, da anderenfalls ein des Lenkens in einem durch Suchtmittel beeinträchtigten Zustand Verdächtiger die (der Überprüfung der gesundheitlichen Eignung dienende) Anordnung der Beibringung einer fachärztlichen Stellungnahme durch die Verweigerung der Blutabnahme unterlaufen könnte; die Feststellung, auf welches Suchtmittel die Beeinträchtigung zurückgehe ist unbedeutend

23.09.2020, [Fr 2020/14/0035](#)

Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG; aus dem Wortlaut des § 2 Abs 1 Verwaltungsrechtliches COVID-19-BegleitG und den Erläuterungen ergibt sich zweifellos, dass sich die für Behörden und VwG (soweit § 2 leg cit gem dessen § 6 Abs 1 auf deren Verfahren anzuwenden ist) bestehenden **Entscheidungsfristen** sowohl um jene Zeit, die gem § 2 Abs1 Z 2 leg cit in die Entscheidungsfrist nicht eingerechnet werden soll, als auch „[a]ls Ausgleich dafür, dass die Corona-Krise eine rasche und einfache Erledigung der Sache durch die Behörde erschwert, [...] zusätzlich in bestimmtem Ausmaß“ (so ausdrücklich die Erläuterungen) – dieses Ausmaß wurde letztlich in § 2 Abs 1 letzter Satz leg cit mit sechs Wochen (oder falls an sich die Entscheidungsfrist weniger als sechs Wochen beträgt, mit jener Zeit, die der kürzeren Entscheidungsfrist entspricht) festgelegt, verlängern

08.10.2019, [Ro 2019/04/0021](#)

UVP-G; die revisionswerbenden Parteien führen für die beantragte **Zuerkennung der aufschiebenden Wirkung** die Zulassung der ordentlichen Revision ins Treffen; der bloße Umstand, dass in einem Verfahren Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung zu lösen waren, ist nicht mit den Konstellationen gleichzusetzen, in denen Sachverhaltsfeststellungen im ange-

fochtenen Erkenntnis von vornherein als unschlüssig zu erkennen sind bzw ins Auge springende Mängel aufweisen; die Zulassung der ordentlichen Revision führt somit nicht dazu, dass bereits aus diesem Grund vom Vorbringen in der Revision auszugehen wäre; an der 380-kV-Salzburgleitung liegt ein besonderes öffentliches Interesse vor

C. VERWALTUNGSGERICHTE

LVwG Sbg 18.09.2020, [405-3/705/1/6-2020](#)

Sbg ROG; die in § 86 Abs 15 Sbg ROG genannten Einschränkungen sind unter Zugrundelegung des **Sachlichkeitsgebots** nicht für den Kreis der gesetzlichen Erben anzuwenden

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[21.10.2020, Rs C-529/19, Möbel Kraft](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verbraucherschutz – Richtlinie 2011/83/EU – Art 16 Buchst c – **Widerrufsrecht** – **Ausnahmen** – **Waren**, die nach **Kundenspezifikation angefertigt werden** oder eindeutig auf die **persönlichen Bedürfnisse zugeschnitten** sind – Waren, mit deren **Herstellung** der Unternehmer **begonnen hat**

[21.10.2020, Rs C-556/19, Eco TLC](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Staatliche Beihilfen** – Art 107 Abs 1 AEUV – Begriff **„staatliche Mittel“** – Erweiterte Herstellerverantwortung – Durch die öffentlichen Behörden zugelassene Umwelteinrichtung, die von denjenigen, die bestimmte Produkte in Verkehr bringen, als Gegenleistung für die Wahrnehmung der ihnen obliegenden gesetzlichen Verpflichtung zur Behandlung der Abfälle aus diesen Produkten finanzielle Beiträge erhebt – Von der Umwelteinrichtung an Vertragsunternehmen im Bereich der **Abfalltrennung** gezahlte **finanzielle Unterstützung**

[22.10.2020, verb Rs C-720/18 und C-721/18, Ferrari](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – Marken – Richtlinie 2008/95/EG – Art 12 Abs 1 – Ernsthafte Benutzung einer Marke – Beweislast – Art 13 – Beweis der Benutzung ‚für einen Teil der Waren oder Dienstleistungen‘ – Marke, die ein Automobilmodell bezeichnet, dessen Produktion eingestellt wurde – Benutzung der Marke für Teile sowie Dienstleistungen für dieses Modell – Benutzung der Marke für Gebrauchtfahrzeuge – Art 351 AEUV – **Übereinkommen** zwischen der **Bundesrepublik Deutschland** und der Schweizerischen Eidgenossenschaft – **Gegenseitiger Patent-, Muster- und Markenschutz**

[22.10.2020, Rs C-275/19, Sportingbet und Internet Opportunity Entertainment](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Informationsverfahren** auf dem Gebiet der Normen und technischen Vorschriften und der Vorschriften für die **Dienste der Informationsgesellschaft** – Begriff **„technische Vorschrift“** – Verpflichtung der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission jeden Entwurf einer technischen Vorschrift zu übermitteln – Keine Anwendbarkeit der nicht übermittelten technischen Vorschrift gegenüber Einzelnen – **Unanwendbarkeit auf Dienstleistungserbringer**

[22.10.2020, Rs C-702/19 P, Silver Plastics und Johannes Reifenhäuser / Kommission](#)

Rechtsmittel – Wettbewerb – **Kartell** – Markt für Lebensmittelverpackungen für den Einzelhandel – Beschluss, mit dem eine Zuwiderhandlung gegen Art 101 AEUV festgestellt wird – Verordnung (EG) Nr 1/2003 – Art 23 – Art 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention – **Grundrecht auf ein faires Verfahren** – Grundsatz der Waffengleichheit – Konfrontationsrecht – Anhörung von Zeugen – Begründung – Einheitliche und fortgesetzte Zuwiderhandlung – Obergrenze der Geldbuße

B. SCHLUSSANTRÄGE

[20.10.2020, Rs C-673/19, M u.a. \(Éloignement vers un État membre\) \(GA Szpunar\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Grenzkontrollen, Asyl und Einwanderung – Richtlinie 2008/115/EG – **Rückkehr illegal aufhältiger Drittstaatsangehöriger** – Inhaftnahme mit dem Ziel der Abschiebung – **Internationaler Schutz** in einem anderen Mitgliedstaat – Fehlen einer **Rückkehrentscheidung**

[22.10.2020, Rs C-537/19, Kommission/ Österreich \(Location d'un bâtiment non encore construit\) \(GA Sanchez-Bordona\)](#)

Vertragsverletzungsklage – Öffentliche Auftragsvergabe – Richtlinie 2004/18/EG – **Vertrag** zwischen einer **öffentlichen Einrichtung** und einem **privaten Unternehmen**, dessen **Gegenstand** die Anmietung eines **noch nicht errichteten Gebäudes** ist – **Bestimmender Einfluss** der öffentlichen Einrichtung auf die **Gestaltung des Gebäudes** – Beweislast und Beweiswürdigung

[22.10.2020, Rs C-581/19, Frenetikexito \(GA Kokott\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – Richtlinie 2006/112/EG – **Gemeinsames Mehrwertsteuersystem** – Mehrheit von Leistungen – Qualifikation als einheitlicher Umsatz – Komplexe Leistung – Nebenleistung zur Hauptleistung – Zwei selbständige Leistungen – **Mehrwertsteuerbefreiung** – **Heilbehandlungen** im **Bereich der Humanmedizin**

[22.10.2020, Rs C-593/19, SK Telecom \(GA Saugmandsgaard Øe\)](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Mehrwertsteuer – Richtlinie 2006/112 – Vermeidung der Doppelbesteuerung und der Nichtbesteuerung – Art 59a – Telekommunikationssektor – Mobilfunk – **Roamingleistungen** – Drittstaatsangehörige, die sich vorübergehend im Gebiet eines Mitgliedstaats aufhalten – **Leistungsort** – Möglichkeit der Verlagerung dieses Ortes in das Gebiet des betreffenden Mitgliedstaats – Erfordernis einer tatsächlichen Nutzung oder Auswertung im Gebiet des Mitgliedstaats – Fall einer **Doppelbesteuerung, Nichtbesteuerung oder Wettbewerbsverzerrung** – Irrelevanz der steuerlichen Behandlung im Drittland

C. GERICHT

Keine Urteile im Berichtszeitraum.

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

22.10.2020, Beschwerde Nr [6780/18](#) ua, *Roth / Deutschland*

Verletzung von **Art 3 EMRK** (Verbot unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung) und **Verletzung** von **Art 13 EMRK** (Recht auf wirksame Beschwerde) iVm **Art 3 EMRK**; Beschwerde über wiederholte **stichprobenartige Leibesvisitationen** im Gefängnis vor oder nach Aufnahme von Besuchern; vollständige Entkleidung und Untersuchung des Afters; Weigerung der inländischen Gerichte, Entschädigung für immateriellen Schaden zu gewähren; verfassungswidrige Untersuchungspraxis nach Entscheidung aus 2016; **kein legitimer Zweck** für wiederholte, willkürliche Leibesvisitationen von Gefangenen und für Verweigerung einer Entschädigung; kein Zusammenhang mit Aufrechterhaltung der Sicherheit im Strafvollzug oder Verbrechensverhütung; **übermäßige Demütigung**; Haftpflichtverfahren ohne Aussicht auf Erfolg trotz rechtswidrigen Verhaltens und möglicher Schuld der Behörden

20.10.2020, Beschwerde Nr [78630/12](#), *B / Schweiz*

Verletzung von **Art 14 EMRK** (Diskriminierungsverbot) iVm **Art 8 EMRK** (Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens); kein Anspruch auf Witwerrente nach Volljährigkeit der Kinder, sofern es sich bei Anspruchsberechtigten um Mann handelt; Vermutung, dass der Ehemann, insbesondere im Falle von Kindern, seine Frau finanziell unterstützt, ist nach Ansicht des Gerichtshofes nicht mehr anwendbar; **fehlende angemessene Rechtfertigung** der unterschiedlichen Behandlung von Mann und Frau

20.10.2020, Beschwerde Nr [47429/09](#), *Perovy / Russland*

Keine Verletzung von Art 2 1. ZPEMRK (Recht auf Bildung) und **Art 9 EMRK** (Religionsfreiheit); russisch-orthodoxer Ritus in Klassenzimmer; Teilnahme des Sohnes (3. Bf) an Ritus im Alter von 7 Jahren, ohne Information der Eltern (1. und 2. Bf); **Achtung der religiösen Überzeugungen der Eltern**; keine Auswirkungen der bloßen Anwesenheit eines siebenjährigen Kindes bei einer einmaligen kurzen religiösen Zeremonie in Gemeindeschule ohne Indoktrinationsziele; Beurteilungsfehler des Schullehrers; geringfügiges einmaliges Ereignis; schnelle und angemessene Reaktion der innerstaatlichen Behörde

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Katharina Arnreither, Univ.-Ass. Mag. Clara Buder, Univ.-Ass. Mag. Nicole Dannerbauer, Univ.-Ass. Mag. Nina Felbinger-Forster, Univ.-Ass. Mag. Julia Kreuzhuber, Wiss.-Mit. Mario Etzelstorfer.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.